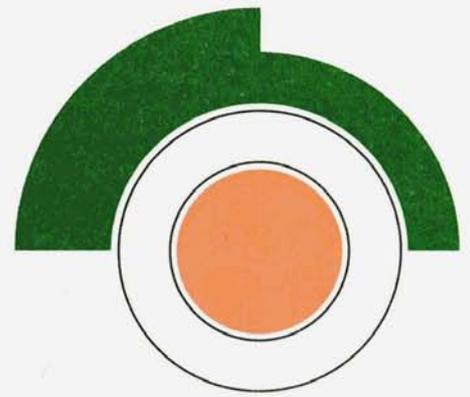


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 19



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 9.12.1997

WORT UND WIDERWORT

Ist gegen Straftäter mehr Härte gefordert?

Letztlich müsse es vorrangiges Ziel aller Kriminal- und Rechtspolitik sein, Straftaten zu verhindern. Dieses Ziel erreiche man nicht über härtere Strafen, sondern nur über eine Politik sozialer Gerechtigkeit, die allen Bevölkerungsgruppen — vor allem auch der Jugend — eine positive Perspektive der Lebensgestaltung gebe. In Nordrhein-Westfalen werde man auch in Zukunft alle Möglichkeiten präventiver Arbeit ausschöpfen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Robert Krumbein**. Die CDU-Abgeordnete **Maria Theresia Opladen** betont, man brauche keine gesetzlichen Strafverschärfungen. Unsere Gesetze eröffneten hinreichenden Handlungsspielraum — nach oben und nach unten. Aber man müsse eine konsequente Strafverfolgung sicherstellen. Das bedeute auch eine schnelle Strafe mit Augenmaß sowohl für die Belange des Täters als auch für die Belange des Opfers. Dies könne in vielen Fällen auch eine härtere Bestrafung erfordern. Die GRÜNE-Abgeordnete **Christiane Bainski** unterstreicht, statt um die Frage der Strafverschärfung gehe es vor allen Dingen um zwei wesentliche Aspekte in der Bekämpfung der Kriminalität. Es gehe um die Prävention durch eine gestaltende und soziale Gesellschaftspolitik und um die Entwicklung einer Palette von verschiedenen Sanktionsformen, die es möglich machten, auf rechtsstaatliche Weise auch individuell zu reagieren. (Seite 2)

Die Woche im Landtag

Mindereinnahmen

Der Haushaltsausschuß stimmte über Änderungen zum Haushaltsentwurf 1998 und die Ergänzungsvorlage über zwei Milliarden Mindereinnahmen ab. (Seite 3)

Garzweiler II

Die Wissenschaft kann und will wegen unsicherer Prognosen keine Empfehlung geben: Bei der Entscheidung über den Aufschluß von Garzweiler II bleibt die Politik gefordert. (Seite 4)

Niederlande

Der Hauptausschuß stand vor der Frage: Kann sich NRW arbeitsmarktpolitisch an den Niederlanden orientieren? (Seite 5)

Berufskolleg

Neben dem oft als „Königsweg“ empfundenen Gymnasium gibt es nun das Berufskolleg als attraktive Alternative. (Seite 17)

Vermögen

Vermögen werden an der Steuer vorbei ins Ausland transferiert. Aber die Mindereinnahmen für den Staat haben auch andere Gründe. (Seite 18)

Neuaufgabe

Der Band „So arbeitet der Landtag Nordrhein-Westfalen“ ist nach gründlicher Überarbeitung in einer Neuaufgabe erschienen. (Seite 20)

Schulabschlüsse an Sonderschulen sind gestiegen: Erfolgreiche pädagogische Arbeit

Die Landesregierung betrachte den insgesamt gestiegenen Anteil der Schulabschlüsse an Sonderschulen auch als Bestätigung für die erfolgreiche pädagogische Arbeit in diesen Schulen des Landes.

Diese Auffassung vertritt Schulministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der GRÜNE-Abgeordneten Brigitte Schumann. Sonderpädagogische Förderung solle das Recht der behinderten und von Behinderung bedrohten Kinder und Jugendlichen auf eine ihren persönlichen Möglichkeiten entsprechende schulische Bildung und Erziehung verwirklichen. Sie unterstütze und begleite diese Kinder und Jugendlichen durch individuelle Hilfen, um für sie ein möglichst hohes Maß an schulischer und gesellschaftlicher Teilhabe und selbständiger Lebensgestaltung zu erlangen.

Nach der Prognose der Ministerin werden im Schuljahr 1996/97 rund 3420 Schülerinnen und Schüler den Hauptschulabschluß nach Klasse 9 und rund 570 nach Klasse 10 sowie 190 die Fachoberschulreife, zwei die Fachhochschulreife und 17 die Hochschulreife an Sonderschulen erwerben.

Ferner gehen im laufenden Schuljahr insgesamt 723 Schülerinnen und Schüler von der Sonderschule in die Grundschule, 353 in die Hauptschule, sechs in die Realschule und einer ins Gymnasium über (Drs. 12/2550).



„Sag, wo die Gewinne sind...“

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)